



Heinrich Aller

Heinrich Aller (SPD) ist seit 1982 Mitglied des Niedersächsischen Landtages und war von 1998 bis 2003 Niedersächsischer Finanzminister. Er ist derzeit Vorsitzender im Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages.

Der Euro muss und wird bleiben

Bei der gemeinsamen europäischen Währung geht es um - viel - mehr!

von Heinrich Aller

Es ist eigentlich egal, ob die Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien die aktuelle Debatte um die Zukunft des Euro unter die Überschrift „Euro-Krise“, „Euro-Rettung“ oder „Euro-Zukunft“ stellen. Am Ende wird der Euro bleiben. Er ist ohne ernstzunehmende Alternative. Das wissen auch seine schärfsten Kritiker. „Ohne ernstzunehmende Alternative“. Diese Erkenntnis ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist: Breite Zustimmung und Unterstützung für ein wirtschaftlich starkes, soziales und solidarisches Europa muss immer wieder neu erarbeitet werden. Themen wie „Europäische Integration“, „Europa der 27 (und noch mehr?)“ oder „Euro als Gemeinschaftswährung“ sind längst nicht so stabil in der Bevölkerung und damit bei den Wählerinnen und Wählern verankert, wie überzeugte Europäer sich das aus guten Gründen wünschen.

Die Erfahrung lehrt, dass Europa, Brüssel und Straßburg nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen häufig als Sündenböcke herhalten müssen. Wie schwierig es immer wieder ist, in Brüssel für notwendige europäische Reformen zu sein und gleichzeitig national für Mehrheiten zu werben, haben das Scheitern der europäischen Verfassung und zuletzt der zähe Prozess hin zum Lissabon-Vertrag gezeigt. Innerhalb vertretbarer Zeitfenster zu einem positiven - demokratisch legitimierten - Ergebnis zu kommen, ist deshalb zuallererst ein Problem der überzeugenden Euro-Argumente „zu Haus“. Der Lissabon-Vertrag muss helfen. In der Euro-Frage ist die Entscheidung Estlands, mit Beginn des Jahres 2011 den Euro einzuführen, ein nicht zu unterschätzendes positives Signal.

Dennoch: Nur die kühnsten Optimisten glauben, dass der Lissabon-Vertrag mit seinem neuen Regelwerk für die institutionelle Zusammenarbeit, einem gestärkten Parlament und der Ausdehnung des sogenannten Mehrheitsstimmrechts Europapolitik radikal vereinfachen wird. Dafür spielen Psychologie und innenpolitisches Kalkül in 27 Mitgliedstaaten eine zu große Rolle. Es wird weiter Reibungsverluste gerade bei wichtigen Zukunftsentscheidungen von nachhaltiger Bedeutung geben. – Trotzdem: Hätte das politische Europa nicht in engster Abstimmung mit den wichtigen nationalen Regierungen und weitestgehend im internationalen Konsens auf dem Höhepunkt der Finanzkrise mutig, finanzwirtschaftlich konsequent und im Interesse der nationalen Volkswirtschaften richtig gehandelt, wäre das weltwirtschaftliche Chaos unabwendbar gewesen.



Die Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise durch die Staaten und ihre Regierungen musste sein. Die Zeche für „Rettungsschirme für Banken“ oder „Konjunkturprogramme zur Stützung von Unternehmen und Arbeitsmarkt“ in Folge eines sich hemmungslos entwickelnden und letztlich gescheiterten Radikalliberalismus zahlten und zahlen die öffentlichen Haushalte und damit die Bürgerinnen und Bürger. „Eine solche Finanz- und Wirtschaftskrise darf sich nicht wiederholen!“ Das war mehrheitlicher Konsens. Nicht nur in Deutschland. Die Bereitschaft, die Protagonisten und Akteure des radikalliberalen Kurses in der globalisierten Weltwirtschaft in die Schranken zu verweisen, war groß. Doch hat die internationale Staatengemeinschaft oder haben die 27 Mitgliedstaaten der EU aus den Ursachen und Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise gelernt? Zweifel sind angebracht.

Es fällt auf, dass sich nur kurz nach der gigantischen internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre zum Teil dieselben Akteure wieder zu Wort melden, die noch vor kurzer Zeit als „Krisenverursacher“ ausgemacht worden waren. Wachsamkeit ist deshalb angesagt. Es lohnt sich, einige kritische Fragen zu stellen: Wer also sind letztlich die Gewinner und die tatsächlichen Verlierer der Finanzkrise und ihrer Folgen? Woher rührt die überbordende Staatsverschuldung nicht nur in fast allen EU-Mitgliedstaaten und nicht nur in den Mitgliedstaaten der EWU? Warum macht den Deutschen und den Europäern die Situation in Griechenland und Irland oder Portugal und Spanien mehr Sorgen als die Lage in den USA? Warum wird eigentlich nicht vermittelt, dass die Krise des Euro vor allem eine unmittelbare Folge der Finanzkrise ist?

Eine Antwort könnte sein: Die Politik hat nicht den Mut, die Mittel und die Kraft, Ross und Reiter zu benennen und konsequenterweise Banken, Börsen und die wichtigen „Player“ an den Finanzmärkten direkt an den Konsolidierungslasten zu beteiligen, die unter dem Druck der Schuldenkrise auf die öffentlichen Haushalte und letztlich die Steuerzahler zukommen. Kaum jemand kann noch daran zweifeln: „Die wirtschaftliche Macht konzentriert sich in global agierenden Unternehmen, Banken und Fonds. Transnationale Unternehmen planen ihre Gewinnstrategien über alle Grenzen hinweg, sie unterlaufen demokratisch legitimierte Entscheidungen.“ (Hamburger Grundsatzprogramm der SPD)

Angesichts dieser Entwicklung ist es nur konsequent, wenn sich der europäische Wirtschaftsraum unter dem Dach der Europäischen Union zügig so weiterentwickelt, dass Kooperation und Solidarität gerade in kritischen Zeiten einen politischen Schutzschirm für die Mitgliedsländer garantieren kann. Dass erst 17 der 27 EU-Mitgliedstaaten der EWU angehören ist ein Manko. Aber die EU und EWU sind keine Schönwettergemeinschaft. Sie müssen sich vor allem in Krisenzeiten bewähren. Noch funktioniert das Instrumentarium nicht perfekt. Wie sollte es auch. Der Vertrag von Lissabon war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Gerade die Deut-

schen haben mit ihrem Föderalismus ihre ganz eigenen Erfahrungen gemacht. Selbstkritisch gehen Skeptiker wie Optimisten davon aus, dass sich auch der deutsche Föderalismus weiterentwickeln muss, um zu überleben.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die jetzige kritische Situation um den Euro zeigen die „Baustellen“ auf, an denen zügig, klug und mutig nachgebessert werden muss. Dabei ist die aktuelle Diskussion um den Euro nicht von der Zukunft der Europäischen Union zu trennen. Die Verwirklichung der ambitionierten Ziele des Lissabon-Vertrages ist ohne die solide, aber eben auch konsequente und nachhaltige Weiterentwicklung der zentralen Elemente Finanz-, Währungs- und Haushaltspolitik in Verbindung mit einer abgestimmten, starken und wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und fairen Sozialordnung nicht machbar.

Der weitgefächerte Maßnahmenkatalog zur Disziplinierung der Finanzmärkte ist bisher weit hinter dem zurückgeblieben, was Experten auf dem Höhepunkt der Finanzkrise für notwendig und sogar international für durchsetzbar gehalten haben. Es droht vielmehr ein neoliberales „Auf ein Neues“ bei Banken, Börsen und den Ratingagenturen. In diesem Umfeld konzentriert sich in Europa die Debatte auf die Zukunft eines stabilen Euro. Im Mittelpunkt steht die Verschuldung der öffentlichen Haushalte als geradezu zwangsläufige Folge der gigantischen Kreditaufnahmen zur Abwehr der Finanzkrise. Das ist richtig und notwendig. Europapolitisch und im Interesse der Mitgliedstaaten der EU ist es jedoch unverzichtbar, jetzt „Nägel mit Köpfen zu machen“ und gezielt die verschiedenen „Schwächen im System“ anzugreifen. Die Stabilisierung des Euro wird schmerzhaft und teuer. Das ist sicher.

Das Vertrauen der Europäerinnen und Europäer in die Handlungsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der Staaten und in die EU in Finanz- und Wirtschaftsfragen (zurück-) zu gewinnen, ist Voraussetzung für den Erfolg und setzt zwei Dinge voraus:

Der gefühlten Übermacht der Finanzmärkte sind durch demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen ein durchsetzungsfähiges System von Regeln, Kontrollen und Sanktionen entgegenzusetzen.

Vorrangig müssen innerhalb der Währungsgemeinschaft der jetzt 17 EU-Mitgliedstaaten die Spielregeln für die Garantie eines stabilen Euro nachvollziehbar festgelegt werden. Gleichzeitig muss verstärkt darauf hingewirkt werden, dass der EU-Wirtschaftsraum der 27 sich zügig aufeinander zu und nicht auseinander entwickelt.

Je überzeugender diese politisch und nicht nur technisch voranzutreibenden Prozesse gelingen, desto schneller wachsen das notwendige Vertrauen in die Kraft und Kompetenz, den Euro als stabile und starke Währung und einen Wiederholungsfall Finanz- und Wirtschaftskrise weitestgehend auszuschließen.

Der Prozess der europäischen Integration verträgt nur ein begrenztes Maß an Rückschlägen. Die Gemeinschaftswährung darf nicht immer wieder und nach Belieben Einzelner zum Sündenbock für ungenügende Durchsetzungsfähigkeit von prinzipiell richtigen Politikansätzen werden. Voraussetzung dafür ist, dass zumindest die EU-Partner in der Lage sind, für Europa die unmittelbaren Zusammenhänge zwischen Finanz-, Wirtschafts-, Handels-, Steuer- und europäischer bzw. jeweils nationaler Haushaltspolitik zu akzeptieren. Mit dem Lissabon-Vertrag sind dem Parlament mehr Macht und Möglichkeiten übertragen worden. Die Chance ist da und die Notwendigkeit besteht, dass im Zusammenhang mit der Euro-Frage und trotz noch vorhandener Widerstände eine tragfähige Basis zu entwickeln. Die Zeit drängt.

Dabei hat die Euro-Debatte längst Auswirkungen auf die internationalen Finanzmärkte. Sie reagieren sehr sensibel und prompt. Sie nutzen jede Chance der Gewinnmaximierung. In dem Pokerspiel um Milliarden, nicht Millionen, sitzen sie durch Banken und Börsen mit am Tisch. Erst Griechenland und Irland, jetzt vielleicht Portugal und Spanien stehen unter enormen Druck. Die Konditionen der Finanzmärkte diktieren im Zusammenhang mit Staatsanleihen Bedingungen und Preise. Deshalb ist die Politik, sind Regierungen und Parlamente innerhalb der EU gefordert. Wenn sie nicht gestalten, bestimmen die Finanzmärkte die Spielregeln!

Da, wo von der Politik klare Orientierung gefragt wäre, fehlt es nach meiner Einschätzung jedoch derzeit in der EU und der EWU an einer abgestimmten und schlüssigen Strategie. Klar ist: Deutschland fällt nolens volens eine Schlüsselrolle zu. Deutschland hat in der Großen Regierungskoalition die Weichen dafür gestellt, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise am schnellsten und erfolgreichsten zu überwinden. Von dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich stärksten Land mit enormen Exportüberschüssen – vor allem innerhalb der EU – werden besondere Konsolidierungsbeiträge erwartet. Dabei ist klar, dass die Euro-Konsolidierung zum Nulltarif nicht zu haben ist. Die Bundesregierung hat bisher die Chance noch nicht hinreichend genutzt, ihrer Rolle innerhalb der EWU gerecht zu werden. Innenpolitisch wird deshalb intensiv darüber gestritten, ob und wie der Euro stabilisiert werden soll. Das ist Demokratie.

Mit Blick auf die innenpolitischen Stimmungslagen gelingt es der Bundesregierung zurzeit nicht, die notwendigen überfälligen Signale an alle Akteure zu senden. Dabei geht es längst um - viel - mehr. Offenkundige Gründe für das Zögern sind die z.T. heftigen Äußerungen zur Zukunft des Euro und bevorstehende Landtagswahlen. Abwarten ist riskant. Ohne eigene tragfähige Position kann es keine klare Festlegung auf eine definierte Verhandlungsstrategie pro Euro und kontra Taktierer und „Zurück zur D-Mark-Initiativen“ geben. Die mangelnde Bereitschaft, sich zum richtigen Zeitpunkt unmissverständlich festzulegen, schadet den Interessen

Deutschlands und wird – wegen steigender Zinsen und geschwächtem Euro – insgesamt auch für Deutschland teuer.

Altkanzler Helmut Schmidt hat aus deutscher Sicht, aber mit einem hohen Maß an europäischer und internationaler Verantwortung zum Ausdruck gebracht, worum es eigentlich geht. Kurz und knapp stellt er in der ZEIT („Ohne den Euro ist alles nichts!“) am 18.12.2010 fest: „Wer in dieser Lage lediglich taktiert und finassiert, wer gar jedwedes Auseinanderfallen des Euroverbundes öffentlich diskutiert, dem fehlt jede Weitsicht. Allein die bloße Absicht der Wiederherstellung nationaler Währungen würde sogleich einige südeuropäische Währungen ins Bodenlose abwerten und umgekehrt eine wiederhergestellte D-Mark kolossal aufwerten, damit den deutschen Export schwer behindern, die Basis unseres hohen sozialen Wohlstandes, und ungezählte deutsche Arbeitsplätze vernichten.“

Schmidt stellt auch klar, dass die „notwendigen Reparaturen abermals Geld kosten“. Insbesondere die Deutschen würden zahlen müssen. – Aber der Altkanzler erklärt auch: „Es ist nicht visionärer Idealismus, sondern unser eigenes strategisches Interesse an der Aufrechterhaltung der Europäischen Union und damit der europäischen Zivilisation, das uns bewegen muss, auf kleine nationale egoistische Vorteile zu verzichten. Auf lange Sicht trägt Deutschland einen hohen Anteil an der Verantwortung dafür, dass die europäischen Staaten zu einem ökonomisch handlungsfähigen Verband zusammenwachsen.“

Die aktuelle Diskussion um den Euro ist also in Wirklichkeit längst eine Diskussion um die EWU und die Zukunft der EU insgesamt. Gerade weil das so ist, hat der Altkanzler wohl auch formuliert: „Wohl aber müssen die deutschen Politiker den Bürgern erklären, dass wir und warum wir Deutschen Opfer zu bringen haben.“ Opfer in Form von Geld, Verlust an Souveränität hält Schmidt für erforderlich. Dass alle Staaten bereits jetzt Unsummen an Zinsen - also Geld - für die zusätzliche Schuldenlawine für unterschiedlichste Formen von Schutzschirmen und Maßnahmenpaketen zur Abwehr der Folgen der Finanzkrise zahlen, ist Fakt. Dass die Hauptlast die Steuerbürger und nicht die Verursacher der Krise zahlen, ist offenkundig. Dass eine Reihe von Staaten wegen ihrer desolaten Haushaltslage und durch die Inanspruchnahme des Euro-Rettungsschirmes teilweise „fremd bestimmt“ sind, ist an den aufgegebenen Bedingungen abzulesen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat Währungsprobleme weltweit verschärft und beschleunigt die massiven Verschiebungen von ökonomischem und politischem Einfluss. Während innerhalb der EU- und EWU-Staaten noch über Umfang und Modalitäten von „Rettungsschirmen“ oder „Hilfspaketen“ beraten wird, greift China EU-Mitgliedstaaten „kräftig unter die Arme“. China ist bereit, strategische Preise für Anleihen an notleidende

Euro-Staaten zu zahlen und verknüpft sie mit ökonomischen – vor allem – Export-, Investitions-, und Handelsinteressen. Noch sind die Summen im Weltmaßstab überschaubar. Die europäische Exportnation Nummer 1, Deutschland, muss jedoch ein vitales Interesse daran haben, dass sich nicht aus einer Euro-Krise eine Exportkrise und weitere Krisenszenarien entwickeln.

Deutschland und die Mitgliedstaaten von EWU und EU stehen deshalb – ganz im jeweils eigenen Interesse – vor einer harten Bewährungsprobe. Sicher kann davon ausgegangen werden, dass der Euro stabilisiert wird und bleibt. Offen ist derzeit also nicht die Frage nach dem OB, sondern nach dem WIE und zu WELCHEM PREIS. Der Preis berechnet sich allerdings nicht nur in Geld und harter Währung. Mit dem Projekt Europa verbinden sich auf lange Sicht politische Ziele wie Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Zukunftsfähigkeit. Dafür ist ein stabiler Euro ein wichtiger Baustein!

Vorrangig geht es jetzt um folgende Maßnahmen:

- Ein Stabilitätspakt, der seine Wirkung präventiv und effektiv entfalten kann. Dazu gehört, dass Finanz-, Währungs- und Haushaltspolitik in der EU und den Mitgliedstaaten mit einer nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialpolitik verbunden wird. Solidarisches Füreinander setzt ein wirksames EU-Stabilitätsregelwerk voraus.
- Ein Maßnahmenpaket umzusetzen, das unverzüglich u.a. folgende Punkte als Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise einbezieht: Regulierung der Ratingagenturen, Finanztransaktionssteuer, schlagkräftige Banken-, Versicherungs- und Wertpapieraufsicht, Novellierung der Banken- und Eigenkapitalrichtlinien, Regulierung von Private Equity und Hedge-Fonds, Einschränkungen und Transparenz bei Boni-Systemen.
- Das Verlustrisiko privater Gläubiger muss beibehalten werden. Es ist unverzichtbar, um die strukturell, nicht konjunkturell bedingte staatliche Kreditaufnahme, über die Marktkräfte langfristig in Grenzen zu halten.
- Bei künftigen Regelungen zur Einlagensicherung müssen die bestehenden deutschen Sicherungssysteme bei Sparkassen/Landesbanken und Volksbanken angemessen berücksichtigt werden.
- Den Weg frei machen für Euro-Bonds (europäische Staatsanleihen).
- Eine Harmonisierung der Steuer- und Wirtschaftssysteme zügig voranbringen, einschließlich einer effektiven Bekämpfung von Steuerhinterziehung.
- Die Finanzierung des Europäischen Haushalts reformieren. Die Einnahmen stärker über Eigenmittel sichern; u.a. durch eine eigene EU-Steuer im Sinne der Beschlusslage des EU-Parlaments. Die Ausgaben stärker auf europarelevante Kernaufgaben konzentrieren.

Im Europa der 27 und in der Euro-Zone der 17 gilt es deshalb schnell aber gründlich die Beschlüsse zu fassen, die den Finanzmärkten klare Orientierung, Vertrauen und Verlässlichkeit vermitteln. Die Botschaft muss sein: Die Europäische Gemeinschaft ist Willens und in der Lage, die Euro- und Schuldenkrise solidarisch und damit zum Vorteil aller Mitgliedstaaten zu bewältigen. Ein gemeinsames und wirksames Maßnahmenpaket nach dem Prinzip des fairen Burden-Sharing wäre das geeignete Mittel, um bei den Unions-Bürgerinnen und -Bürgern Glaubwürdigkeit in die Handlungsfähigkeit der Europapolitik zurückzugewinnen.